

PRESSEMITTEILUNG #238 - 21.10.2024

Serpil Midyatli und Thomas Hölck

Landesregierung soll Möglichkeiten staatlicher Beteiligung prüfen

Anlässlich der Situation bei den Werften von FSG und Nobiskrug erklären die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli sowie der werftenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

„Die Werften von FSG und Nobiskrug brauchen einen Neuanfang und den kann es nur ohne Lars Windhorst geben. Die Rolle des Investors ist schon seit Monaten mehr als problematisch. Mittlerweile sollte auch jedem in dieser Landesregierung klar sein, dass nur ohne Herrn Windhorst die Grundlage für eine Strategie geschaffen werden können, um die Werften fit für die Zukunft zu machen und wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

Ministerpräsident Günther hat das Thema öffentlichkeitswirksam zur Chefsache erklärt. Schulterzuckend dabei zuzusehen, wie sich die Situation für die knapp 530 Mitarbeitenden beinahe täglich verschlechtert, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Die Werften haben eine lange Tradition und sind ein wichtiger Bestandteil unserer maritimen Wirtschaft. Sie sind identitätsstiftend für Schleswig-Holstein. Wir fordern die Landesregierung angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Situation dazu auf, konkrete Möglichkeiten einer staatlichen Beteiligung mit alternativen Investoren zu prüfen. Wenn Ministerpräsidenten aus anderen Bundesländern es hinkriegen, ihre Werftstandorte zu sichern, muss das auch für die Günther-Regierung in Schleswig-Holstein machbar sein. Wir sehen aber auch Bundeswirtschaftsminister Habeck in der Verantwortung, sich endlich in die Diskussion einzuschalten. Das sollten uns unsere Werften allemal wert sein!“